

3302

18. Oktober 2021 
Telefon: 2181
Telefax: 59 11
E-Mail: integration@wiesbaden.de

Anlage zu SV-21-V-33-0005**Handlungsempfehlungen Inneres Westend - Abschlussbericht der Arbeitsgruppe**

1. Arbeitsprozess
2. Maßnahmenkonzepte
3. Weitere Handlungsempfehlungen
4. AG-Mitwirkende

1. Arbeitsprozess

Die Arbeitsgruppe¹ Inneres Westend wurde nach Auftrag des Dezernats für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration (Dezernat VI) durch die Integrationsabteilung des Amtes für Zuwanderung und Integration der Landeshauptstadt Wiesbaden ins Leben gerufen. Ziel war es, bis zum Ende des Jahres Herausforderungen und Problemlagen im Inneren Westend aus Sicht der Akteure in der sozialen Arbeit zu analysieren und trägerübergreifende, koordinierte Handlungsempfehlungen zu erstellen.² Dabei wurden Vertreterinnen und Vertreter der Fachämter für Soziale Arbeit, des Sozialleistungs- und Jobcenters und des Amtes für Zuwanderung und Integration, sowie Akteure der sozialen Arbeit aus dem Quartier eingeladen. Die Administration der Gruppe wurde durch die Integrationsabteilung geleistet.

Die Akteure trafen sich erstmalig am 14. September 2020 in der Galatea Anlage in Biebrich, um Arbeitsauftrag und -prozess sowie eine erste Beschreibung der Ausgangslage im Quartier zu umreißen. Festgelegt wurde dabei, dass die Zielgruppe der zu entwickelten Maßnahmen primär aber nicht ausschließlich (Neu-)Zugewanderte aus Bulgarien und Rumänien sein soll.

Die zu jenem Zeitpunkt geltenden Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie verhinderten Präsenztreffen. Zur besseren Bearbeitung der Vielzahl der bestehenden Herausforderungen wurde die Arbeitsgruppe Inneres Westend in vier AG-Kleingruppen aufgeteilt. Die Teilnehmenden ordneten sich selbst den AG-Kleingruppen zu. Diese tagten online zu den Handlungsfeldern:

- Arbeit
- Wohnen
- Kita / Schule / Bildung
- Zusammenleben / Integration

¹ In der Arbeitsgruppe wirkten insgesamt 37 Teilnehmende mit. Diese arbeiten zum Teil seit mehreren Jahren mit und für verschiedene Bewohnergruppen des Inneren Westends und können auf langjährige Erfahrungen und Entwicklungen zurückblicken.

² Das Innere Westend ist ein Quartier mit hoher sozialer Bedarfslage. Ferner wird dem Stadtteil eine negative Entwicklungstendenz zugeschrieben (s. Wiesbadener Sozialraumanalyse 2019, S. 95)

Bis zum Jahresende 2020 wurde eine Übersicht bestehender Herausforderungen, Angebote, Bedarfe und einzubeziehender Akteure erarbeitet. Die Integrationsabteilung bündelte die Arbeitsergebnisse zu einer Gesamtübersicht und stellte diese Herrn Stadtrat Manjura und den Amtsleiterinnen der Ämter Amt für Zuwanderung und Integration, Sozialleistungs- und Jobcenter und Amt für Soziale Arbeit am 09. Dezember 2020 vor. Gemeinsam beauftragten sie die Arbeitsgruppe, konkrete Handlungsempfehlungen auszuarbeiten. Zudem wurde eine Steuerungsgruppe für den weiteren Prozess, bestehend aus dem Dezernenten und den Amtsleiterinnen der o.g. Ämter, etabliert. Der Administrationsprozess vor Ort wurde im Folgenden durch zwei Kolleginnen aus dem Amt für Soziale Arbeit unterstützt.

In den kommenden AG-Kleingruppentreffen wurden bis Juni 2021 insgesamt 18 Handlungsempfehlungen erarbeitet. Diese wurden durch die AG-Teilnehmenden und die Integrationsabteilung priorisiert und oben genannter Steuerungsgruppe am 21. Juni vorgestellt. Die Steuerungsgruppe teilte die Einschätzungen der AG hinsichtlich der vorgenommenen Gewichtung und beauftragte die Arbeitsgruppenleitung mit der Konzeptionierung der fünf priorisierten Handlungsbedarfe.

- 1. Anlaufstelle schaffen (Themenkomplex Wohnen), Beratungsangebot in Form von z.B. einer offenen Sprechstunde.**
- 2. Georg-Buch-Haus als Ort der Zusammenarbeit / Begegnungsort installieren**
- 3. Das Programm EHAP³ muss erhalten bleiben und ausgebaut werden**
- 4. Ausbau der mobilen Jugendarbeit auf den Quartiersplätzen**
- 5. Mobile Anlaufstelle im Stadtteil schaffen**

Die Konzeptionierung wurde in fünf Kleingruppen mit Akteurinnen und Akteuren, die unmittelbar im operativen Geschäft im Quartier tätig sind, durchgeführt. Im ersten Treffen der AG „Anlaufstelle schaffen (Themenkomplex Wohnen)“ merkten die Teilnehmenden an, dass die Trennung der Arbeitsgruppen in eine stationäre und eine mobile Anlaufstelle im Stadtteil keinen Mehrwert habe und gar parallele Strukturen zur Folge haben könne. Daher wurden die Arbeitsgruppen 1 und 5 zusammengelegt.⁴

Die Ergebnisse des Arbeitsprozesses wurden am 21. September 2021 in einer Hybrid-Veranstaltung (Online/Präsenz) auf Einladung von Herrn Stadtrat Manjura dem Ortsbeirat und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Stadtteilkonferenz Westend vorgestellt.

Während des gesamten Prozesses fand ein strukturierter Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen der Arbeitsgruppe Inneres Westend und der unter Federführung von Dezernat II arbeitenden Arbeitsgruppe AG Sicherheit Inneres Westend über eine feste Vertretung in der jeweils anderen Arbeitsgruppe statt.

³ Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) s. <https://www.bmas.de/DE/Europa-und-die-Welt/Europaeische-Fonds/Europaeischer-Hilfsfonds/europaeischer-hilfsfonds.html>

⁴ Der Zwischenstand bei der Konzeptionierung der fünf priorisierten Handlungsbedarfe wird unter dem Gliederungspunkt 2 „Maßnahmenkonzepte zu priorisierten Handlungsempfehlungen“ vorgestellt.

2. Maßnahmenkonzepte zu priorisierten Handlungsempfehlungen

Die folgenden Maßnahmenkonzepte sind Teil der insgesamt 18 vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe Inneres Westend (s. Kapitel 3). Während die übrigen dreizehn Handlungsempfehlungen nur angestoßen wurden, konnten die folgenden bereits gemeinsam mit Akteuren aus dem jeweiligen Handlungsfeld ausgestaltet bzw. konkretisiert werden. Dieser Konzeptionierungsprozess ist nicht abgeschlossen.⁵

Zu 1 und 5:

Anlaufstelle schaffen (Themenkomplex Wohnen), Beratungsangebot in Form z.B. einer offenen Sprechstunde / Mobile Anlaufstelle im Stadtteil schaffen

Es gibt vermehrte Hinweise auf Überbelegung von Wohnungen. Gerade für die Zielgruppe der Neuzugewanderten aus Bulgarien und Rumänien ist die Wohnsituation oft problematisch. Vermietende sind oft zeitgleich auch Arbeitgebende. Dadurch entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis. Erfahrungen bei den betroffenen Akteuren haben gezeigt, dass es sich oft um eine organisierte Struktur handelt: Die Ansprache findet bereits in den Herkunftsländer statt. Arbeitnehmende werden auch bei Problemen mit Vermietenden und Arbeitgebenden zügig ersetzt.

Die zu schaffende Anlaufstelle muss kontinuierlich sichtbar im Stadtteil und offen zugänglich sein. Sie könnte etwa durch ein optisch auffälliges Lastenrad im Quartier Neugier wecken. Primäres Ziel ist die Ansprache der Bewohnerschaft, vor allem der schwer erreichbaren Zielgruppe der (Neu)-Zugewanderten aus Rumänien und Bulgarien. Dazu soll die Anlaufstelle an mehreren zu klärenden Standorten im Quartier halt machen. Durch kontinuierliche und personell konstante Präsenz vor Ort sollen Vorbehalte schrittweise abgebaut werden.

In der mobilen Anlaufstelle soll eine Erst- und/oder Verweisberatung erfolgen. Daher soll in bestehende oder noch zu etablierende Beratungsangebote im Georg-Buch-Haus verwiesen werden können (siehe Maßnahmenkonzept zu 2). Da die Akteure der Sozialen Arbeit im Quartier die Erfahrung gemacht haben, dass Menschen auch nach einer erfolgten Erstberatung die Wege in weiterführende Beratungsangebote nicht finden oder wahrnehmen, wäre ein gemeinsames erstes Aufsuchen der Angebote ebenfalls zielführend. Dies ist nur mit kurzen Wegen praktikabel.

Muttersprachliche Ansprache ist oft die einzige Möglichkeit mit Neuzugewanderten ins Gespräch zu kommen. Dies betreffe vor allem die Zielgruppe der Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien. Eine Anbindung des Angebots an die Mitarbeitenden des EHAP-Projekts wäre daher sinnvoll. Ebenfalls könnte die mobile Anlaufstelle durch Mitarbeitende des KiEZ (Kinder-Eltern-Zentrum), der Migrationsberatungsdienste, Kubis, des Kommunalen Jobcenters oder der mobilen Jugendarbeit besetzt werden. Die Mitwirkenden in der Konzeptionierungsgruppe regten an, die mobile Anlaufstelle nicht nur mit einer Person oder Vertretungen einer Einrichtung zu besetzen. Wenn verschiedene Menschen als Ansprechpartner fungieren, ist die Möglichkeit einer vertrauensbasierten Sozialarbeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen⁶ vor Ort höher.

Die Arbeitsgruppe erachtet einen Zeitumfang von zehn Wochenstunden im Sommer und fünf Wochenstunden im Winter als zielführend. Die Anlaufstelle muss auch optisch als solche

⁵ Eine anlassbezogene und themenspezifische Fortführung der Arbeitsgruppe bewerten die AG-Teilnehmenden sowie die Arbeitsgruppenleitung für die Zukunft als weiterhin notwendig.

⁶ Unterschiedliche Zielgruppen sind etwa ältere Menschen, junge Familien, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, (Neu-)Zugewanderte, Wohnungslose, Suchtkranke, etc.

erkennbar sein, weshalb die Anschaffung eines Fahrzeugs (Fahrrad, Lastenrad, PKW oder Kleinbus) diskutiert wurde. Aufgrund des allgemeinen Platzmangels und der verdichteten Besiedlung innerhalb des Quartiers befürwortete die Gruppe die Anschaffung eines Fahrrads oder Lastenrads. Durch mobile Aufsteller (Roll-Ups) kann auf die Beratungsstelle aufmerksam gemacht werden. Der Aktionsradius sollte die Fußgängerzone, den Spielplatz Blücherstraße und die Plätze des Quartiers umfassen.

Die zeitliche Aufstockung der Beratungsstellen um insgesamt ein Vollzeitäquivalent bzw. die Neuschaffung einer Beratungsstelle mit einem Vollzeitäquivalent wird als notwendig erachtet.

Ein Entwurf für die Anforderungen an die zu besetzende Stelle liegt vor.

Zu 2:

Georg-Buch-Haus als Ort der Zusammenarbeit / Begegnungsort installieren

Das Georg-Buch-Haus (GBH) ist zentral im Quartier. Es beheimatet unter anderem das Jugendzentrum, die Kita Schatzkiste, das KiEZ und ist Sitz einiger Vereine. Die Ausweitung der Fußgängerzone in der Wellritzstraße wirkt sich laut Einschätzung der Arbeitsgruppe ebenfalls positiv auf den Standort GBH aus. Nach dem Auszug des Café Wellritz und des Sozialleistungs- und Jobcenters im zweiten OG des GBH werden Räumlichkeiten frei.

In diesen sollte nach Einschätzung der AG ein räumlich konzentriertes Beratungs- und Freizeitangebot für die Bewohnerschaft des Inneren Westends etabliert werden. Ziel ist die Implementierung einer niedrigschwelligen, institutionsübergreifenden Anlaufstelle, welche Kultur- und Begegnungsraum, Büros, sowie Sprachkursräumen Platz bieten soll. Diese räumliche Zentrierung der Angebote hätte den Vorteil der Niedrigschwelligkeit. Ratsuchende hätten nach der Erstberatung kurze Wege zu den Fachstellen und können den Weg zu weiteren Beratungsangeboten finden. Weiterhin könnten durch Freizeitangebote Begegnungen angeregt, das Zusammenleben gefördert und Abgrenzungstendenzen bekämpft werden.

Die Mitglieder der AG und der Stadtteilkonferenz haben bereits einige Bedarfe an potentiellen Räumlichkeiten für ihre Arbeit angemeldet. Neben diesen haben auch die Migrationsberatungsdienste Interesse an Beratungsangeboten im GBH. Die AG erachtet die Ansiedlung einiger Dienste der verschiedenen Fachämter als sinnvoll. Konkret könnten dies vor allem Beratungsangebote des Amtes für Soziale Arbeit sein, bei Bedarf aber auch Ansprechpersonen der Servicestelle Deutsch, der Ausländerbehörde, der Anerkennungsberatung für im Ausland erworbener Abschlüsse, der Einbürgerung, etc. Sinnig wäre ein zeitlich getaktetes Angebot. Beispielsweise die Einbürgerung donnerstags von 10 bis 16 Uhr, Anerkennungsberatung dienstags von 11 bis 15 Uhr, etc.

Vorteile der räumlichen Zentrierung von Beratungs- und Freizeitangeboten ist, dass Nachfragende unmittelbar Angebote kennenlernen und die erste Scheu genommen wird. Durch gemeinsame Räumlichkeiten profitieren auch die Fachkräfte der Beratungsangebote, da mit kurzen Informations- und Austauschwegen gearbeitet werden kann.

Die Träger, Fachämter und Institutionen sollten bereits in den Planungsprozess eingebunden werden, damit die Räumlichkeiten den Bedarfen entsprechend umgestaltet werden können. Momentan sind im zweiten OG des GBH 25 Einzel- und Doppelbüroräume verortet, welche baulich an die neue Nutzung angepasst werden müssten. Eine zuständige Fachkraft müsste die Nutzung der Räumlichkeiten koordinieren und administrieren. Diese Stelle sollte bei einer Organisationseinheit mit sozialräumlichen Bezug zum Inneren Westend angesiedelt sein. Der Stellenumfang wird sich voraussichtlich auf 0,25 VZÄ belaufen.

Die Eigentümerin der Immobilie Georg-Buch-Haus ist die Landeshauptstadt Wiesbaden. Die Verwaltung der Immobilie ist nach Kenntnis der Integrationsabteilung aktuell (noch) im Hauptamt angesiedelt. Je nach Zuständigkeit für die Verwaltung wäre die entsprechende Stelle dort anzusiedeln.

Die Arbeitsgruppe gab zu bedenken, dass die Räumlichkeiten des Georg-Buch-Hauses nicht ausreichend seien. Die AG regte an, dass die Stadt eine weitere Immobilie im Quartier akquiriert und zur Verfügung stellt. In dieser könnte eine Art „Eckladen“ mit Komm- und Geh-Struktur etabliert werden, in welchem Menschen ganz zielgerichtet zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten angesprochen werden könnte.

Zu 3:

EHAP muss erhalten bleiben und ausgebaut werden

Das EHAP-Projekt besteht aktuell in Wiesbaden aus drei Vollzeit-Stellen des Diakonischen Werks und einer Teilzeitstelle, welche bei MigraMundi e.V. angesiedelt ist. Im Jahr 2020 wurden insgesamt über 1000 Personen beraten und begleitet. Die Tendenz, so das Diakonische Werk, sei steigend. Nach aktuellem Stand wird das EHAP-Projekt in der Mitte des Jahres 2022 enden.

Schon in der Arbeitsphase mit der Gesamtgruppe der AG Inneres Westend, als auch in den Kleingruppen, nahm EHAP eine besondere Rolle ein. EHAP leistet in der Ansprache von Neuzugewanderten aus Süd- und Osteuropa und in der muttersprachlichen Beratung eben jener Personengruppe eine wichtige Arbeit im Quartier. In vielen Arbeitsbereichen gaben die verschiedenen Akteure, die im Sozialraum arbeiten, den Hinweis, dass sie gerne intensiver mit den Beraterinnen und Beratern von EHAP kooperieren würden. Diese bilden mit dem Ansatz der muttersprachlichen Beratung und der vertrauensbasierten, niedrigschwelligen Ansprache einen Türöffner zu der mittlerweile größten Zuwanderergruppe des Stadtteils. Dies ist jedoch aufgrund der derzeitigen Auslastung des beratenden Personals zeitlich nicht möglich. Die Mitarbeitenden seien inzwischen an der Belastungsgrenze, verstärkt unter anderem auch durch die pandemiebedingte Schließung anderer Angebote. Problematisch wäre es, wenn das Projekt ab Mitte 2022 ohne Ersatz auslaufen würde.

Die Arbeitsgruppe spricht sich daher für eine kommunale Förderung des EHAP-Projekts aus, sollte dieses im Jahr 2022 nicht durch ESF-Mittel fortgeführt werden können. Weiterhin plädiert sie für die Ausweitung des Projekts bei entsprechender Gegenfinanzierung, um das Beratungsangebot verstärkt durchführen zu können.

Zu 4:

Ausbau der mobilen Jugendarbeit

Der allgemeine Platzmangel im Quartier sorgt dafür, dass viele Jugendliche ihre Freizeit im öffentlichen Raum verbringen. In den letzten Jahren und verstärkt seit Beginn der Corona-Pandemie äußerte sich dies in einem massiven Anstieg der Auslastung der mobilen Jugendarbeit. Neben der Aufstockung der bereits bestehenden Stelle im Bereich mobiler Jugendarbeit von 18 auf 30 Wochenstunden regte die AG die Schaffung einer zweiten Stelle mit einem Stundenumfang von 30 Wochenstunden an, um dem wachsenden Bedarf im Inneren Westend adäquat begegnen zu können. Der Entwurf einer Stellenbeschreibung der Fachabteilung 5104 liegt vor.

3. Weitere Handlungsempfehlungen⁷

Die ersten fünf Handlungsempfehlungen wurden bereits eingehender konzeptioniert (s.o.). Sie werden der Vollständigkeit halber hier bei allen Handlungsempfehlungen zum besseren Überblick noch einmal kurz beschrieben:

1. Anlaufstelle schaffen (Themenkomplex Wohnen), Beratungsangebot in Form z.B. einer offenen Sprechstunde.

Das Beratungsangebot muss mehrsprachig angeboten werden. Eventuell an EHAP anbinden, bzw. Angebot schaffen welches EHAP unterstützt. Zusätzlich bedarf es der rechtskreis- und trägerübergreifenden Kooperation zwischen relevanten Akteurinnen und Akteuren der Kommune und der sozialen Einrichtungen vor Ort. Info-Abende in Form einer Veranstaltungsreihe zu den o.g. Themen, auch über soz. Medien möglich (evtl. Platzierung bei Migrationsberatung 4.0).

2. Georg-Buch-Haus als Ort der Zusammenarbeit / Begegnungsort installieren

Georg Buch Haus als institutionsübergreifendes Stadtteilzentrum etablieren, das als Anlaufstelle für die Bewohnerschaft bei jeglichen Fragestellungen oder Bedarfen. Verweisberatung an die jeweils zuständigen Stellen dient. Räumlichkeiten werden im Sommer 2021 frei. Eine räumliche Zentrierung von Beratungs-, Hilfs- und Freizeitangeboten hat nach Ansicht der AG Gruppen einige Vorteile: Die Menschen haben einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfestellung, aber gleichsam auch Teilhabemöglichkeiten im Quartier. Damit werden Zugangshürden an mehreren Stellen gleichzeitig abgebaut. Für die Akteure der Stadtverwaltung und der Träger vor Ort wird der Zugang zur Zielgruppe verbessert. Gleichwohl werden sich Synergien zwischen den verschiedenen Institutionen ergeben können, die schnelleres und zielgerichtetes Arbeiten ermöglichen werden und dabei für die Ratsuchenden einfach zugänglich sind.

3. EHAP muss erhalten bleiben und ggf. ausgebaut werden

Der Zuzug von Menschen aus Süd-Ost-Europa, vornehmlich Bulgarien und Rumänien wird vermutlich nicht in den nächsten Jahren stoppen. Diese Zuwanderinnen und Zuwanderer werden oft mit falschen Versprechen gelockt und/oder gehören in ihrer Heimat zu stark marginalisierten Gruppen.

4. Ausbau der mobilen Jugendarbeit auf den Quartiersplätzen

Der momentane Stundenumfang der mobilen Jugendarbeit (18,5 Wochenstunden) ist nicht ausreichend, um der Nachfrage adäquat zu begegnen. Der bereits beschlossene Ausbau des derzeitigen Angebotes umfasst eine Steigerung der Wochenstunden auf 30. Dies wird von der AG als zielführend angesehen, um den weiterhin steigenden Bedarf zu decken.⁸ Die Anregung der AG ist: Ab dem HH 24/25 sollte eine weitere Stelle mit 30 Wochenstunden geschaffen werden. Ziel sollte es sein, die mobile Jugendarbeit an mindestens vier Wochentagen anbieten zu können.

5. Mobile Anlaufstelle im Stadtteil schaffen

In Kooperation mit EHAP und anderen Trägern vor Ort. Eine Möglichkeit könnte ein zentraler Eckladen mit Komm- und Gehstrukturen sein. Andere Optionen sind ein Lastenrad oder PKW der als mobile Anlaufstelle dienen könnte. Die mobile Anlaufstelle soll primär zur

⁷ Die Nummerierung der folgenden Handlungsvorschläge dient nur der besseren Gliederung und steht nicht für die Wertigkeit oder Wichtigkeit des Vorschlags im Vergleich zu anderen. Nach jedem Handlungsvorschlag wird die zugrundeliegende Herausforderung kurz umrissen.

⁸ Vermutet wird von der Arbeitsgruppe allerdings, dass nicht ausreichen wird.

Kontaktaufnahme mit der Zielgruppe dienen und Verweisberatung, eventuell mit persönlicher Begleitung, anbieten.

6. Finanzierung von Präventionsprojekten gegen Wohnungsnotfälle

Info-Abende in Form einer Veranstaltungsreihe zum o.g. Thema, auch über soziale Medien möglich. Aufklärung über mehrsprachige Flyer zu den Themen Mietrecht, Arbeitsrecht. Zusätzlich wurde das Projekt #WOHIN etabliert.

7. Task-Force Immobilien

Unter Leitung des Präventionsrats der LHW wurde eine ämter- und dezernatsübergreifende Task-Force Immobilien gegründet. Diese identifiziert Problemimmobilien und -vermietende. In Absprache mit den Fachabteilungen des Amtes für Soziale Arbeit und dem Sozialleistungs- und Jobcenters werden die Bewohnerinnen Bewohner anderweitig untergebracht. Die Vermietenden werden innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet, die prekären Wohnsituationen zu beheben.

8. „Initiative von Gewerbetreibenden“ (in Anlehnung an Gewerbeverein)

Ziel muss sein, die lokale Ökonomie und Vielfalt der Einkaufsmöglichkeiten zu fördern. Es gibt nach Ansicht der Gesamtarbeitsgruppe Inneres Westen den Bedarf einer intensiven Begleitung und Unterstützung. Seitens der Stadtteilkonferenz gab es bereits Bestrebungen einen Gewerbeverein zu gründen. Dies konnte aber aufgrund von Spannungen und Desinteresse seitens der ansässigen Gewerbetreibenden nicht umgesetzt werden.

9. Infokampagne anregen durch Land oder Bund (speziell zum ALG II-Bezug; Arbeitnehmerstatus, Wohngeld, etc.)

Die Prüfung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist in den Einzelfällen sehr mühsam und kaum zu bewältigen. Es bedürfte einer konkretisierten Rechtslage und Durchsetzungsmechanismen sowie eines Datenabgleiches zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren.

10. Internationales Kochprojekt mit Seniorinnen und Senioren sowie Kinder/Jugendlichen

Es gibt wenige Angebote für Seniorinnen und Senioren. Der Zusammenhalt im Viertel könnte durch den verbindenden Charakter eines solchen Projekts gestärkt werden. Weiterhin ist es ein Freizeitangebot, welches man etwa auch um interkulturelle Thematiken erweitern könnte.

11. Vorleseprojekte mehrsprachig

Analog zum internationalen Kochprojekt.

12. Integratives Stadtteilzirkusprojekt im Inneren Westend im Trägerverbund

Zum einen gelebte Anerkennungskultur, zum anderen Sport- / Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Ziel kann der Vertrauensaufbau sein, der die erste Hürde zur Wahrnehmung von Angeboten abbaut.

13. Aufwertung der Infrastruktur auf dem Blücherplatz und weiteren Plätzen im Westend in Kooperation mit dem Präventionsrat, Grünflächenamt und Amt für Soziale Arbeit unter Einbezug des Aktionsprogramms Jugend bewegt.

Kinder und Jugendliche haben wenige öffentliche Plätze, auf denen sie sich aufhalten und beschäftigen können. Hier ist unter anderem eine Calisthenics -Anlage in Planung. Auch sollte die Aufenthaltsqualität auf Plätzen mit baulichen Anpassungen verbessert werden, wie z. B. mit einer verbesserten Lichtposition und mehr Aufenthaltsmöglichkeiten für Familien.

14. Qualifizierte Sprachförderung ausbauen

Laut AG-Teilnehmenden sei es schwierig, qualifizierte Fachkräfte zum Aufbau und der Durchführung von Sprachfördermaßnahmen zu gewinnen. Es sollten Anreize geschaffen werden, damit Fachkräfte für die Maßnahmen gewonnen werden.

15. Für Bildung werben, (Stadtteil-)Eltern / -Mütter

Es wurde angeregt, Stadtteileltern als „Kümmerer“ vor Ort zu qualifizieren. Die Fachstelle Elternbildung befindet sich in Überlegungen, das Projekt „Stadtteileltern“ als Qualifizierungsmaßnahme beim Land Hessen zu beantragen. Dabei könnten acht bis zehn Eltern dazu qualifiziert werden, als eine Art „Wegweiser vor Ort“ und Ansprechpersonen für die Bewohnerschaft zu fungieren. Explizit sollen auch Zugewanderte aus Osteuropa qualifiziert werden, die dann in Muttersprache beraten und verweisen können. Das Projekt ist ein AQJ⁹-Projekt und wird über das Jobcenter finanziert. Eine Entscheidung steht zum Redaktionsschluss noch aus. Das Projekt könnte nächstes Jahr starten und würde beim KiEZ angesiedelt werden.

16. Interkulturelle und kulturspezifische Fortbildung im Hinblick auf die Herkunft der Familien für die hauptamtlichen Fachkräfte im Inneren Westend

Es sollten interkulturelle und kulturspezifische Fortbildungen für die Fachkräfte, die im Inneren Westend arbeiten, angeboten werden. Diese Fortbildungen sollten speziell die Zielgruppe und deren (Erfahrungs-)Hintergründe aus den Herkunftsländern fokussieren. Konkret im Westend sind die Bulgaren und Rumänen sowie die Zielgruppe der Sinti und Roma thematisch für entsprechende Fortbildungen interessant.

17. Multiplikatoren aus Zielgruppe zu gewinnen (Integrationslotsen)

Es sollten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Zielgruppe gewonnen werden, um die Zielgruppe adäquat ansprechen zu können. Eine Ansprache könnte über die Integrationslotsinnen und -lotsen erfolgen.

18. Mehrsprachige Flyer zur Mülltrennung, die halbjährlich verteilt werden. Dreck-Weg-Tage veranstalten, um den Austausch und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Diese sollen ebenfalls halbjährig / vierteljährlich veranstaltet werden (Transitorisches Gebiet mit hoher Mobilitätsrate).

Das Quartier ist häufig verdreckt. Müll wird auf der Straße entsorgt. Dies liegt an der Überbelegung von Wohnungen sowie an der Unkenntnis der Bewohnerschaft über Mülltrennung. Da das Innere Westend ein transitorisches Stadtgebiet mit hoher Mobilitätsrate ist, müssen die Dreck-Weg-Tage regelmäßig stattfinden und Info-Flyer in kurzen Zyklen verteilt werden. Diese Herausforderung wird ebenfalls in der AG Sicheres Westend unter Federführung des Präventionsrats behandelt.

⁹ Arbeitsqualifizierungsjahr

4. AG-Mitwirkende

Petra Schierholz (AWO/KieZ-Verantwortliche)

Astrid Limbach (Amt für Soziale Arbeit/Kindertagesstätten Freinet Plus)

Elke Lühning (Amt für Soziale Arbeit/Sachgebietsleitung Kinderschutz und frühe Hilfen)

Heike Zimmermann (Ordnungsamt/Präventionsrat AG Sicheres Westend)

Michaela Höllriegel (Büro für Stadtraumentwicklung / Planung Fußgängerzone IW)

Ulla Engelhart (Amt für Soziale Arbeit/Bezirkssozialarbeit)

Maria Riyazi (AWO/ehemals EHAP)

Lukas Günther (Diakonisches Werk Wiesbaden/ehemals EHAP)

Ivan Ivanov (ehemals Faire Mobilität Hessen)

Nadja Pavel (Amt für Soziale Arbeit/Bezirkssozialarbeit)

Lea Somoza (ehemals Schulsozialarbeit Riederbergschule)

Birgit Fetz-Kappus (EVIM/Kita Bleichstraße)

Anne Friedrich (Amt für Soziale Arbeit/Steuerung der Wohnraum und Städtebauförderung)

Matthias Röhrig (Diakonisches Werk/Teestube und EHAP)

Velislave Firova (Faire Mobilität Hessen)

Debora Ghezzi de Nisi (Amt für Zuwanderung und Integration/Interkulturelle Förderung und Projekte)

Marie Modellatore-Pedicini (Amt für Soziale Arbeit/Jugendarbeit Georg-Buch-Haus)

Ursula Langer (Amt für Soziale Arbeit/Beratungsstelle für selbstständiges Leben im Alter)

Bettina Steudner-Pfaff (Amt für Soziale Arbeit/Beratungsstelle für selbstständiges Leben im Alter)

Luciano Becht (Sozialleistungs- und Jobcenter/Sozialdienst Geflüchtete)

Susanne Bender (Kubis e.V.)

Ute Ledwoyt (Kubis e.V./Stadtteilmanagement)

Niklas Hanke (Amt für Zuwanderung und Integration/Integrationsabteilung/Sonderprojekte)

Ralf Wagner (Ordnungsamt/Präventionsrat AG Sicheres Westend)

Birgit Wolf (Sozialleistungs- und Jobcenter/Kommunikation und Innovationsprojekte)

Anna Maria Russi (Amt für Soziale Arbeit/Jugendarbeit Georg-Buch-Haus)

Massimiliano Caputo (Verein Auxelia/Jugendarbeit Zugewanderte Süd-Osteuropa)

Ulrike Buhrow (Schulsozialarbeit Riederbergschule)

Christiane Ehrhard (Sozialleistungs- und Jobcenter/Kommunale Arbeitsvermittlung)

Susann Barrera Diaz (AWO/Leitung Kita Bertramstraße)

Jan Weiskopf-Menges (Amt für Soziale Arbeit/Jugendarbeit Georg-Buch-Haus)

Christian Schermuly (Amt für Soziale Arbeit/Kommunaler Wohnungsservice)

Dagmar Landler-Krämer (Amt für Soziale Arbeit/Abteilungsleitung Wohnen)

Daniel Naumann (Diakonie/Migrationberatung)

Conni Dinges (Amt für Soziale Arbeit/Jugendarbeit Georg-Buch-Haus)

Andrea Dingeldein (Amt für Soziale Arbeit/Abteilung Grundsatz und Planung)

Eduard Galyschew (Amt für Zuwanderung und Integration/Sachgebietsleitung Interkulturelle Förderung und Projekte)